

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

## Durchlauchten, wir freuen uns mit Euch auf die Hochzeitsfeier

Erbprinz Alois von Liechtenstein und Herzogin Sophie in Bayern stellen sich den Fragen der liechtensteinischen Presse als Auftakt auf die Festlichkeiten

(G.M.) – Dieser Sommer wird ganz im Zeichen von Festlichkeiten stehen. Am Samstag, den 3. Juli, reichen sich Erbprinz Alois von Liechtenstein und Herzogin Sophie in Bayern die Hand zum Ehebund. Die Vorbereitungen für dieses Fest, an dem auch die Bevölkerung regen Anteil nehmen wird, sind bereits angelaufen. Als Auftakt für eine Reihe von Veranstaltungen stellte sich das Hochzeitspaar, das in der Öffentlichkeit noch wenig bekannt ist, im Rahmen von Interviews den Fragen der liechtensteinischen Presse. Wir veröffentlichen die Gespräche in vier Teilen auf den Seiten 2 bis 5 der heutigen Ausgabe.

Rund ein halbes Jahr nach ihrer Verlobung auf Schloss Vaduz feiern Erbprinz Alois von Liechtenstein und Herzogin Sophie in Bayern das Hochzeitsfest in der Pfarrkirche Vaduz.

Das junge Brautpaar stellte sich erstmals während des Neujahrsempfangs auf Schloss Vaduz der Öffentlichkeit vor.

Erbprinz Alois wurde am 11. Juni 1968 geboren. Nach dem Besuch der Primarschule in Vaduz-Ebenholz trat er 1979 in das Liechtensteinische Gymnasium ein, wo er 1987 die Matura ablegte. Von 1987 bis 1988 absolvierte er die Offizierschule in Sandhurst und diente ein halbes Jahr als Offizier bei den Coldstream Guards in Hongkong und London. Anschliessend studierte der Erbprinz Rechtswissenschaften an der Universität Salzburg. In den nächsten Jahren möchte er sich in der Privatwirtschaft



Erbprinz Alois von Liechtenstein und Herzogin Sophie in Bayern werden am Samstag, den 3. Juli, in der Pfarrkirche Vaduz die Hochzeit feiern. Als Vorbereitung auf dieses Fest stellen sie sich der liechtensteinischen Presse für Interviews zur Verfügung. Das Hochzeitspaar wird sich nach der Verheiratung vorerst noch nicht im Lande niederlassen, sondern sich für einige Jahre wenigstens teilweise – im Ausland aufhalten.

im Ausland weiterbilden und sich gleichzeitig auf seine künftige Aufgabe als Staatsoberhaupt vorbereiten.

Herzogin Sophie in Bayern wurde als älteste Tochter ihrer königlichen Hoheiten Herzog Max und Herzogin

Elizabeth in Bayern, geborene Gräfin Douglas, am 28. Oktober 1967 in München geboren. Nach dem Besuch der

Volksschule in Kreuth besuchte sie von 1978 bis 1980 die Mädchenheimvolksschule Heiligenstadt der Englischen Fräulein und von 1980 bis 1984 die Mädchenrealschule und das Internat Hohenburg in Lenggries. 1984 trat sie in das Adolf-Weber-Gymnasium ein, das sie 1988 mit dem Abitur abschloss. Während eines Sprachaufenthaltes in England im Jahre 1989 besuchte sie die Ichbald School of Interior Design. Seit 1989 studiert die Herzogin an der Katholischen Universität in Eichstätt Geschichte und Anglistik.

Welche Pläne hat das Brautpaar für die nähere Zukunft? Herzogin Sophie, die künftige Erbprinzessin, wird den Erbprinzen ins Ausland begleiten und sich auf ihre Aufgabe als Nachfolgerin von Fürstin Marie vorbereiten. Der Erbprinz selbst hat konkrete Vorstellungen über seine berufliche Zukunft nach dem Studium der Rechtswissenschaft: Er möchte in der Privatwirtschaft im Ausland möglichst viel Erfahrungen sammeln, als Vorbereitung für die Übernahme der Funktion des Staatsoberhauptes. Vorerst wird das Erbprinzen-Paar aber keine aktive Rolle im Staat übernehmen, sondern sich auf Repräsentationspflichten beschränken. Während sich Herzogin Sophie vorsichtig-zurückhaltend zu politischen Fragen äussert, hat Erbprinz Alois, der von seinem Vater bei wichtigen Entscheidungen beigezogen wird, konkrete Vorstellungen, insbesondere auch über die Zukunft unseres Landes: «Wir müssen danach trachten, für Liechtenstein die beste Lösung zu finden.»

## Positive Auswirkungen der FBP-Finanzpolitik auf die Staatsrechnung

Reformmassnahmen im Staatshaushalt wirkten sich auf die Landesrechnung 1992 aus – Warum keine gemeinsame Haltung für die Zukunft?

(G.M.) – Die Forderungen der FBP-Fraktion in den vergangenen Jahren, haushälterisch mit den Staatsfinanzen umzugehen, den Abbau von Reserven zu vermeiden und alle Ausgaben auf ihre Notwendigkeit zu untersuchen, haben ihre positiven Auswirkungen in der Landesrechnung 1992 gezeigt. Das Ergebnis ist, wie bereits berichtet, besser als im Budget vorgesehen ausgefallen.

Die FBP-Fraktion stimmte dem Vorschlag 1992 im Landtag nicht zu, weil die im Zusammenhang mit dem Budget vorgelegte Finanzplanung für das Ende des Planungszeitraumes eine Verschuldung des Staates prognostizierte. Verschiedene Faktoren beeinflussten die Staatsrechnung im positiven Sinne, so dass das Ergebnis weitaus besser ausge-

fallen ist, als die Budgetierung erwarten liess. Dazu beigetragen haben erhebliche Mehreinnahmen im Bereich der Steuern sowie Minderausgaben im Investitionsbereich, insbesondere der Wegfall der Anteilskosten für die Errichtung des Regierungsviertels nach dem negativen Volksentscheid.

«Die Regierung hat es meines Erachtens trotz mehrfacher Zusicherung versäumt», kritisierte FBP-Fraktionspräsident Dr. Ernst Walch bei der Budgetberatung, «dem Landtag ein umfassendes Paket von Möglichkeiten zur Verbesserung des Finanzhaushaltes zu unterbreiten.» Die von der Regierung vorgeschlagenen Verbesserungsmassnahmen haben nach seinem damaligen Votum nur den Effekt, das angestrebte Deckungs-

verhältnis für die Investitionen für ein Jahr zu erreichen. Seine Forderung bleibt auch nach der Vorlage einer positiveren Landesrechnung erhalten: «Zur Gesunderhaltung der Staatsfinanzen sind umfassende Sanierungsmassnahmen erforderlich, die Langzeitwirkung haben und die den Spielraum für neue Aufgaben und notwendige Investitionsvorhaben ausweiten.» Offensichtlich ist die VU derzeit noch nicht bereit, Hand zu bieten für diese Sanierungsmassnahmen: Als bekannt wurde, dass die FBP-Delegation bei den Koalitionsverhandlungen eine gemeinsame Haltung in der künftigen Finanzpolitik angestrebt habe, wurde dieses Ansinnen von der VU-De-

legation abgelehnt – und im «Vaterland» in der bekannten Art mit Hohn und Spott übergossen.

Die jahrelangen Forderungen der FBP nach vorsichtiger Finanzpolitik, die zu neuen finanzpolitischen Zielsetzungen der Regierung führten, in Verbindung mit Mehreinnahmen auf der Steuerseite und Minderausgaben bei den staatlichen Hochbauten, mündeten in eine Jahresrechnung 1992, die – bei einem Fehlbetrag von 1,2 Mio. Fr. – den Einsatz von nur 2,7 Mio. Fr. an Reserven erforderlich machte – statt des budgetierten Einsatzes von 18,1 Mio. Fr. aus den Reserve-

## Tell TV startet am 1. August

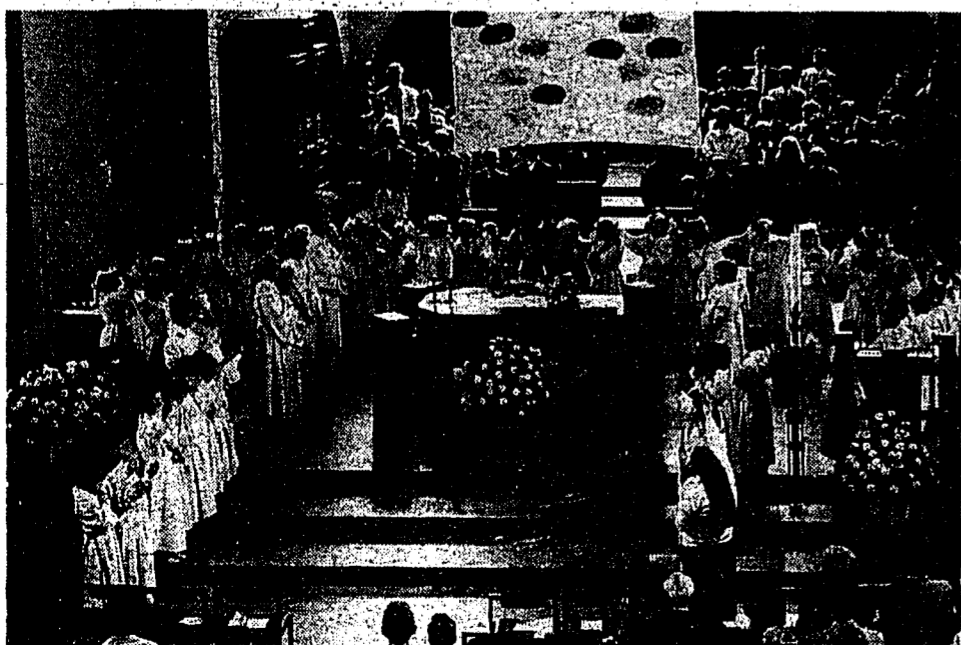
Baden (spk) Tell TV geht am 1. August auf Sendung. Das wurde am Freitag bei dem ersten privaten Schweizer Fernsehsender bestätigt. Auch die Finanzierung ist nun geregelt. Bis Ende des Jahres werden die Live-Teile des TV-Programms noch aus einem Provisorium via Übertragungswagen gesendet.

An einer Tell-Party im Stadtcasino Baden soll am Nationalfeiertag der Startschuss fallen, berichtete das «Badener Tagblatt» am Freitag. Auch die Bevölkerung aus der Region sei eingeladen, wenn das erste private Fernsehprogramm der Schweiz erstmals und mit einem Spezialprogramm via Kabel in Schweizer Haushalten zu sehen sein wird.

Die Finanzierung sei nun geregelt, teilte Tell-TV-Promotorin Margrith Trappe den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Senders mit.

## Weisser Sonntag mit Erstkommunion

In den meisten Gemeinden für die Zweitklässler erstmals Kommunion



Am Sonntag wird in den Pfarreien der Weisse Sonntag gefeiert. In den meisten Gemeinden gehen die Zweitklässler an diesem Tag erstmals im Rahmen feierlicher Gottesdienste erstmals zur Heiligen Kommunion. Unser Bild entstand im vorigen Jahr in der Pfarrkirche Schaan. (Bild: Brigitt Risch)

## Diskussion über Koalition

Landesausschuss der FBP am Montag im Kleinen Gemeindesaal Balzers

Am kommenden Montag wird sich der FBP-Landesausschuss mit der Koalitionsvereinbarung auseinandersetzen. Parteipräsident Dr. Hansjörg Marxer wird Erläuterungen zum vorliegenden Koalitionspapier abgeben, wonach die Ausschussmitglieder über den Vorschlag der Verhandlungsdelegation befinden werden.

Am Montag, 19. April 1993, findet im kleinen Gemeindesaal in Balzers die Sitzung des Landesausschusses der Fortschrittlichen Bürgerpartei statt.

Der Beginn der Sitzung ist auf 19.00 Uhr festgelegt.

Thema der Sitzung wird die Koalitionsvereinbarung mit der Vaterländischen Union sein. Die Mitglieder der Verhandlungsdelegation, bestehend aus Dr. Hansjörg Marxer, lic. iur. Markus Büchel, Dr. Ernst Walch, Dr. Guido Meier und Josef Biedermann, werden den Werdegang der Koalitionsverhandlungen schildern und das vorliegende Papier erläutern.

Hauptthema wird der Beschäftigungsgrad der nebenamtlichen Regierungsmitglieder sein, welcher die VU von 50 % auf 80 % erhöhen will, obwohl die FBP bisher nicht bereit war,

höher als auf 66% zu gehen. Bekanntlich ist dies der noch letzte strittige Punkt, welcher die Bildung der Koalition verhindert.

Die Landesausschussmitglieder sind am Montag aufgefordert, diesen Punkt zu diskutieren und zu einer breit abgestützten Meinung zu gelangen. Die FBP bittet die Ausschussmitglieder um ein vollzähliges Erscheinen, um viele Ansichten berücksichtigen zu können.

Das in der gestrigen VOLKSBLATT-Ausgabe veröffentlichte Koalitionspapier zu Händen des Landesausschusses dient zur Vorbereitung der Sitzung von Montag. Es wäre hilfreich, wenn sich die Ausschussmitglieder anhand dieses Koalitionsvorschlages auf die Sitzung vorbereiten und diesen zur Besprechung mitbringen.

RENOMMIERTESTEN  
ZWANZIG DER WELTWEIT

huber

SCHWEIZER MARKENUHREN

EBEL

les architectes du temps